

er innerparteilichen Demokratie

auch von allen jenen, die anderer Weltanschauung sind, gefürchtet und gehaßt nur von den Feinden unseres Volkes.

Diese Entwicklung war nur möglich, weil in immer stärkerem Maße das Gesetz des innerparteilichen Lebens, die Kritik und Selbstkritik, Anwendung fand. Die Partei lernte hierbei vor allem aus den großen Erfahrungen der KPdSU (B), aus dem Studium der gewaltigen Partei- und Massenerziehungsarbeit Lenins und Stalins, aus der unmittelbaren und praktischen Hilfe der durch Stalin erzogenen Kader der Partei der Bolschewiki, die in unzähligen Artikeln und Ratschlägen und mit selbstloser kameradschaftlicher Kritik halfen, die noch vorhandenen Überreste des Sozialdemokratismus in unseren eigenen Reihen, unter anderem die Unterschätzung der Kritik und Selbstkritik, über Bord zu werfen.

Es gilt, die teilweise noch vorhandene Scheu, die Wahrheit auszusprechen und Kritik und Selbstkritik ständig anzuwenden, sowie die kleinbürgerliche Furcht vor der „Beschmutzung des eigenen Nestes“, zum Beispiel die Behinderung der Tätigkeit von Volkskorrespondenten, ständig bei sich selber zu bekämpfen. Unsere Stärke beruht gerade darin, daß wir immer auf der Suche nach der Wahrheit sind, daß wir nüchtern die Wirklichkeit analysieren, die Verhältnisse vor aller Welt offen darlegen und ihre ständige Veränderung zum Besseren organisieren.

Deshalb heißt es im Parteistatut, Absatz III, Artikel 26—28:

26. „Die innerparteiliche * Demokratie verbürgt jedem Parteimitglied und Kandidaten das Recht, frei und sachlich in den Parteiorganisationen zu allen Fragen der Politik der Partei Stellung zu nehmen.
27. Jede Parteiorganisation und ihre Leitung ist verpflichtet, Kritik und Selbstkritik zu entfalten, weil sie die gesunde Entwicklung und Festigung der Partei sichert. Sie sind untrennbare Bestandteile der innerparteilichen Demokratie.
28. Jede Organisation, jedes Parteimitglied, jeder Kandidat übt bewußt Parteidisziplin, schützt die innerparteiliche Demokratie gegen parteifeindliche Elemente und tritt für die Einheit und Reinheit der Partei ein. Mit Mehrheit gefaßte Beschlüsse sind von allen Mitgliedern und Kandidaten durchzuführen.“ *)

Wir glauben jedoch, daß folgende Beispiele der Verletzung des Grundgesetzes unserer Partei die zuständigen Parteileitungen, vor allem die Kreisleitungen, veranlassen müssen, sofort die Ursachen dieser Fehlentwicklungen zu untersuchen, die Einhaltung des Parteistatuts zu sichern und ernsthaft die Kontrolle der Durchführung der Parteibeschlüsse zu organisieren.

Im Berliner Schwerpunktbetrieb Bergmann-Borsig fand am 19. Juli 1951 eine Betriebsversammlung statt, auf der vom Genossen Winkler, dem Direktor, der Rechenschaftsbericht über die im ersten Halbjahr geleistete Arbeit des Betriebes gegeben wurde. Genosse Winkler kritisierte hierbei unter anderem die Personalpolitik und die Arbeit der Personalabteilung. Alle Kollegen stimmten diesen Ausführungen zu, weil an einer ganzen Reihe von Fällen nachgewiesen werden konnte, daß durch nachlässige und falsche Einstellungs- und Lohnpolitik Unzufriedenheit bei der Belegschaft und sogar ein sehr starkes Abwandern vor allem von Neueingestellten bestand. Die Betriebszeitung, die ja Sprachrohr und kollektiver Organisator sein soll, brachte über die Versammlung einen Bericht und zeigte an einigen krassen Beispielen wie angebracht die Kritik des Genossen Winkler war. Die beiden Korrespondenten, die

den betreffenden Artikel mit vollem Namen zeichneten, schlugen vor, die Personalleitung zu ersetzen.

Statt über die Bereicherung der bereits geübten Kritik erfreut zu sein, statt zu den von der gesamten Belegschaft diskutierten Fällen Stellung zu nehmen, statt die Diskussion dieser die gesamte Belegschaft interessierenden Fragen mit der Aufklärungsarbeit über den Kollektivvertrag zu verbinden, statt aufklärend und operativ eine sofortige Veränderung unhaltbarer Zustände zu organisieren, verhinderte der 1. Sekretär der Betriebs-Parteileitung nach dem Erscheinen dieser Zeitung und dem Verkauf der ersten 25 Exemplare den Weitervertrieb und machte dem Genossen Kunze, einem der Korrespondenten, die Hölle heiß, wie er es „wagen könne, den Beschluß der Parteileitung, diesen Artikel gleichzeitig mit einer Stellungnahme der angegriffenen Kollegen abzudrucken, zu durchbrechen“. Der Genosse Direktor hieb praktisch in die gleiche Kerbe, ließ sich Genossen Kunze kommen und warf ihm vor, noch einmal aufgegriffen zu haben, was er „bereits in seinem Rechenschaftsbericht erledigt“ hätte.

Der Sekretär der Betriebsparteiorganisation, Genosse Bluhm, ist ein fleißiger, unermüdlicher Parteiarbeiter, gut geschult, parteiverbunden und klassenbewußt. Es ist zu einem großen Teil gerade seiner Tätigkeit mit zu verdanken, daß Bergmann-Borsig große Erfolge in der Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben aufzuweisen hat. Trotzdem beging er einen schwerwiegenden Fehler. Die Ursachen liegen unter anderem darin, daß er dazu neigt, alles allein zu machen, daß er, statt zu leiten, in Praktizismus verfallen ist, vor allem aber darin, daß er den unmittelbaren Kontakt mit den Arbeitern des Betriebes nach und nach verloren hat. Hinzu kommt, daß die Kreisleitung Berlin-Pankow, vor allem der 1. Sekretär, Genosse Seiffert, statt anzuleiten und zu helfen, glaubte, mit gelegentlichen Freundschaftsbesuchen und papiernen Anweisungen auszukommen.

Ein besonders krasser Fall von Unterdrückung der Kritik und Selbstkritik geschah im Sanar-Werk Strube in Magdeburg. Erst nach Einschaltung der Kreisleitung wurden auf einer zentralen Mitgliederversammlung der Betriebsparteiorganisation gründlich die Ursachen untersucht, die dazu führten, daß die 900 Belegschaftsmitglieder kein Vertrauen zur Partei hatten, daß die Erteilung von Parteiaufträgen schematisch erfolgte und ihre Durchführung nicht kontrolliert wurde, daß der Besuch der Zirkel im Parteilehrjahr mangelhaft war, kaum Selbststudium betrieben wurde und die Vorbereitung der Propagandisten äußerst schlecht war und andere Mängel mehr. Während der 1. Sekretär der Betriebsparteiorganisation, Genosse Springer, diese schlechten Seiten der Parteiarbeit kritisierte, schwieg er sich jedoch beharrlich darüber aus, daß die gesamte Parteiarbeit vor allem durch einen jener kleinen Diktatoren gehemmt wurde. In der Diskussion sprachen allein 16 Genossen über die parteischädigende Arbeit des Personalleiters, des Genossen Rudi Müller. Die Genossen brachten zum Ausdruck, daß der Genosse Personalleiter keine Verbindung zur Arbeiterklasse besitze und daß von Parteiverbundenheit überhaupt keine Rede sein könne. Müller sei ein alter reformistischer Gewerkschafter, der sowohl die innergewerkschaftliche als auch die innerparteiliche Demokratie grundsätzlich ablehne. Zu dieser entscheidenden Mitgliederversammlung mußte er erst herbeigeholt werden und offenbarte seine falsche Einstellung vor allem darin, daß er in seiner Antwort auf die berechtigten Anwürfe der Genossen nicht ein einziges Wort der Selbstkritik fand. Er wurde sogar frech und nannte alle Genossen, die sich gegen seine diktatorischen Maßnahmen wehrten, Lügner. Jede freie Meinungsäußerung unterdrückte er brutal und ver-

*) Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Dietz Verlag 1950, Beschlüsse und Dokumente, Seite 103.